

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 16
April 2012

Gesundheit ist keine Ware

Tausende protestieren gegen geplanten Stellenabbau am Uniklinikum

Erst wurden die Universitätskliniken von Gießen und Marburg zusammengelegt, dann vom Land Hessen an die Rhön-Klinikum AG verkauft. Seit dieser Zeit nimmt die Qualität der Patientenversorgung ab, seit dieser Zeit bangen Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze. Denn ein Unternehmen, das an der Börse notiert ist, versorgt zuerst seine Shareholder. Nun muss befürchtet werden, dass an den beiden Standorten weitere 500 Arbeitsplätze vernichtet werden. Dagegen gab es in Marburg am 17. März eine Demonstration von rund 2.500 Beschäftigten und BürgerInnen. Die Marburger Linke hat die Forderung nach Personalmindeststandards bekräftigt, die das Stadtparlament auf ihren Antrag hin bereits 2009 unterstützt hatte. Urte Sperling, Krankenschwester und Verdi-Vertrauensfrau machte in einer Stellungnahme auf der Kundgebung am Marburger Marktplatz deutlich, wie vielschichtig der „Arbeitsplatz Gesundheitsversorgung“ ist:

„Kolleginnen und Kollegen aus Technik, Logistik, Labor, Küche und anderen Servicebereichen haben mich gebeten, an dieser Stelle laut und deutlich zu sagen: Der Klinikbetrieb ruht nicht allein auf der Arbeit der Ärzte und der Pflegenden.“

Alle Berufsgruppen tragen das Ihre zum Gelingen bei, alle Berufsgruppen sind Leistungsträger: von der Reinigungskraft bis zum Chefarzt, von der Medizinisch-Technischen Assistentin, dem Röntgenassistenten bis zum Kollegen der Haustechnik, von der Physio- oder Ergotherapeutin bis zum Koch und den Küchenfrauen, von den Kolleginnen in der Wäscherei bis zum Personalsachbearbeiter oder dem Lageristen, von der Sozialarbeiterin, bis zur Ernährungswissen-

schaftlerin, dem Psychologen oder dem Physiker und Informatiker usw. und so fort.

Einige dieser Berufsgruppen standen und stehen gerade jetzt wieder besonders im Visier der Prozessoptimierer und Kostensenker. Sie sind nicht nur durch den „kalten“ oder „leisen“ Stellenabbau bedroht, sondern immer wieder aufs Neue durch Outsourcing-Pläne, die – wenn sie denn umgesetzt werden – immer eine massive Verschlechterung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen nach sich ziehen. Immer wieder haben wir in den vergangenen Jahren versucht, solche Vorha-

ben zu verhindern oder wenigstens zu begrenzen. Auch dieser Kampf gewinnt angesichts der gegenwärtigen Konzernpolitik neue Brisanz. Die Kolleginnen und Kollegen aus diesen Bereichen brauchen ebenfalls unsere Solidarität. ... Deshalb noch einmal: Wir wollen eine zuverlässige und nachhaltige Personalentwicklung – am besten auf der Basis von an einer echten Pflegequalität orientierten Personalmindeststandards, für die die Politik sorgen muss!“

Unterschriftenaktion gegen den Stellenabbau:

www.buergerbegehren-marburg.de



Foto: Birgit Schäfer-Biver

▲ Spitze der Demonstration vom 17. März in der Deutschhausstraße

Marburger Parteien gedopt?

SPD leugnet Spendensegen durch Pohl-Firmenimperium

85.000 Euro kassierte die SPD 2010 an Parteispenden von der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) und der Tochterfirma Allfinanz DVAG. Das geht aus ihrem Rechenschaftsbericht von 2010 hervor, der jetzt vom Bundestag veröffentlicht wurde. Das ist noch immer wenig im Vergleich zu CDU und FDP, die 491.000 bzw. 300.000 Euro vom Marburger Milliardär Dr. Rein-

fried Pohl und seinen diversen Firmen und Verbänden erhielten. Aber bis 2008 waren SPD und Grüne völlig leer ausgegangen.

2009 flossen erstmals 10.000 Euro an die Grünen und 15.000 an die SPD. Da die Spende an die Marburger Grünen gegangen ist – wie sie selber sagten – ist zu vermuten, dass auch die SPD-Spende nach Marburg floss. *Fortsetzung S. 2*

Kommentar

Wer ist OB in Marburg?

Ein Jahr Wiederwahl von Vaupel und Koalition – was hat sich Positives getan? Nahezu nichts. Erst quälende Koalitionsverhandlungen, dann ein Vertrag mit Leerformeln: keine Festlegung in der Verkehrspolitik oder der Energiewende. Kein neues Windrad. Keine Wende in der Verkehrspolitik. Stillstand. Statt weniger PKW-Verkehr – Ankündigung einer Tiefgarage. Statt einer Sporthalle – Notfallpläne zur Verlagerung von Sport in Bürgerhäuser und leerstehende Industrieräume. Genau da, wo Vaupel in der Schulstraße eine Sporthalle versprochen hatte, wird jetzt ein weiteres Renditeobjekt hochgezogen. Immer noch kein Altenpflegekonzept. Das Stadtmuseum bleibt ein Lippenbekenntnis. Vielleicht wird im Magistrat Gestaltung mit Verwaltung verwechselt.

Das Stadtbild prägt nicht der Magistrat sondern Pohl und andere Privatinvestoren. Ein Lehrstück, wie kommunale Demokratie ausgehöhlt wird. Wie ein UFO ist das völlig überdimensionierte Gebäude der Pohl-DVAG im Nordviertel gelandet. Schräg gegenüber als Kontrapunkt öffentlicher Armut besichtigt man die unendliche Geschichte der Bahnhofssanierung. Damit nicht genug. Pohl will einen Schrägaufzug zu seinem Bückingsgarten und spendet Millionen. Alle – außer den Marburger Linken – verbeugen sich in tiefer Demut vor dem prall gefüllten Portemonnaie. Die Stadtverordneten der großen Parteien als Marionetten von Pohl?

Henning Köster

Termine

■ Osterspaziergang nach Bortshausen

26 Organisationen protestieren gegen Kriegsdenkmal
Mo., 9. April, 11 Uhr, Treffpunkt: Stadtbüro (Frauenbergstraße)

■ Gewerkschaft, Bewegung, Gewerkschaftsbewegung?

DGB-Veranstaltung zum Verhältnis von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Referent: Buchautor Ralf Hoffrogge
Mi., 18. April, 19.00 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstraße 6, Marburg

■ Bundesweite Großdemo und Proteste gegen EU-Krisenregime

Getragen von einem breiten Aktionsbündnis

Do.-Sa., 17.-19. Mai, Frankfurt

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. Käte-Dinnebier-Saal
 DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg
 Eingang rechte Hausseite

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke, Fraktion und Liste**, montags, 20.00 Uhr

► **DIE LINKE. Kreis AG**, mittwochs, 20.00 Uhr

sds.dielinke
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

► die Marburger Gruppe des SDS trifft sich dienstags, 20.00 Uhr
www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 23.3.2012

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Menschlich wohnen

Keine Privatisierung der Nassauischen Heimstätte

Auch in Marburg mangelt es an allen Ecken und Enden an bezahlbarem Wohnraum. Die Mieten explodieren, zu Semesterbeginn müssen Notunterkünfte eingerichtet werden. Betroffen sind vor allem junge Familien, Alleinerziehende, Studierende, Erwerbslose sowie Erwerbstätige mit kleinerem oder mittlerem Einkommen. Bundesweit sprechen ExpertInnen sogar von einer neuen Wohnungsnot vor allem in Großstädten und Universitätsstädten. Lange galten öffentliche Wohnungsunternehmen als wichtige Garanten für eine Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Die Privatisierungswelle hat aber auch vor ihnen nicht Halt gemacht. Nun will sich die Hessische Landesregierung, die schon einiges



Foto: Hartwig Bamhey

an öffentlichem Tafelsilber verscherbelt hat, die Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt vornehmen.

In der Marburger Region gehören ihr rund 4000 Wohnungen. Ob in Marburg, Kirchhain, Stadtallendorf oder Wetter: Ein Verkauf könnte schwerwiegende Folgen für die MieterInnen haben. Zu befürchten sind Luxussanierung, Mietpreiserhöhung und eine Verschlechterung des Service. Betroffenen wären überwiegend Menschen mit kleinem Geldbeutel. Durch einen Verkauf und Mietpreiserhöhung

würden auch die Mieten in den anderen Wohnungen steigen. DIE LINKE hat sich mit einem Flugblatt an die MieterInnen gewandt und im Landkreis über das Thema informiert. Ein Antrag der Marburger Linken gegen den Verkauf wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und MBL verabschiedet. Wohnen ist ein Menschenrecht und eine öffentliche Aufgabe.

Unter dem Motto „Nassauische muss bleiben“ hat sich hessenweit ein breites Bündnis aus Mieterverbänden, Gewerkschaften und Parteien gegründet, welches Unterschriften gegen die Verkaufspläne sammelt.

Jan Schalauske

Hier können Sie unterschreiben:

www.nassauische-muss-bleiben.de

◀ **Mit Warnstreiks kämpfen die öffentlich Beschäftigten für eine Tarifierhöhung von 6,5 %, um die Reallohnverluste der letzten Jahre auszugleichen. Zeitgleich befinden sich die FahrerInnen der privaten Busunternehmen im Tarifkampf. Sie verlangen eine Erhöhung ihres kargen Stundenlohns von 10,50 auf 12,00 Euro. Beim gemeinsamen Warnstreik am 8. März waren die Busfahrer der Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) mit von der Partie.**

Fortsetzung von S. 1

Marburger Parteien gedopt?

Womit hatte Rot-Grün das verdient? War es der Dank dafür, dass Pohl 2008 zum Ehrenbürger der Stadt ernannt wurde und im gleichen Jahr die Gewerbesteuer gesenkt wurde?

Obwohl CDU, SPD, Grüne und FDP sich mit Ehrerbietungen für Pohl und die DVAG überschlagen, scheint es dennoch anrühlich zu sein, von dort Geld zu bekommen. Sogar die CDU leugnet Zuwendungen. Den Marburger Grünen war ein DVAG-Spendenangebot für den Kommunalwahlkampf 2011 zu heikel. Eine weitere Spende hätte nicht nur für Krach in der Partei gesorgt, sondern wäre auch schnell öffentlich geworden.

Die verschlosseneren SPD will seit Januar, als die OP alle Parteien nach den Finanzquellen ihrer Kommunalwahlkampfes befragte, die Wahrheit unter Verschluss halten. Obwohl OB Egon Vaupel der Frankfurter Rund-

schau (27.2.2012) gegenüber bestätigte, dass die SPD von der DVAG Geld erhalten habe, täuschen SPD-Verantwortliche Nichtwissen vor – ganz so, als ob die Marburger SPD-Schatzmeisterin und der Vorsitzende nicht mitbekommen hätten, ob ein Unternehmen 15.000 oder gar 40.000 Euro Ende 2010 bzw. Anfang 2011 gespendet hat, wie zwei Informanten der OP versichern.

Der neue SPD-Schatzmeister erklärte schließlich, dass letztes Jahr 12.753 Euro von „natürlichen Personen“ geflossen seien, erwähnte aber nicht, was „juristische Personen“, zu denen die DVAG zählt, gespendet haben. Mitte März gab der SPD-Fraktionsvorsitzende Steffen Rink schließlich zu, dass die SPD im Jahr 2010 15.000 Euro erhalten habe, weigerte sich aber, den Namen des Spenders zu sagen, da das Parteiengesetz und Persön-

lichkeitsrechte das nicht erlaubten. Dabei sieht das Parteiengesetz sogar zwingend vor, dass der Name veröffentlicht wird, wenn die Spende 10.000 Euro überschreitet. Die SPD würde deshalb nur einen Namen nennen, der im Rechenschaftsberichts der Bundespartei steht. Von den zehn Firmen und Verbänden in der Spenderliste, die überhaupt in Frage kommen, 15.000 gegeben zu haben, haben nur zwei einen Bezug zu Hessen und Marburg: Die DVAG und die Allfinanz DVAG.

Bei so viel Geeiere ist es erstaunlich, dass die SPD-Mitglieder offenbar nicht wissen wollen, ob ihre Partei bei der Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl mit Pohl-Geldern gedopt war. Lediglich die Kassenrevisorin Josefa Zimmermann trat wegen der Heimlichtuerei zurück. Respekt.

Nico Biver

Detaillierte Informationen zu den Parteispenden des Pohl-Firmenimperiums finden Sie unter:

www.marburger-linke.de

Kampf um Energiewende

Langsame Fortschritte bei Erneuerbaren im Landkreis

Der Kampf um die Energiewende wird härter. Mit einem „Solarenergieschumpfungsgesetz“ will die Bundesregierung den Zuwachs bei der Fotovoltaik stark begrenzen. Seit der angeblichen Energiewende nach dem Schock von Fukushima wird unbenutzt von der Öffentlichkeit die dezentrale Erzeugung und Speicherung der erneuerbaren Energien mit allen Mitteln verzögert und verlangsamt.

Dies ist die Stunde der Heuchler, auch im Kreistag. Die Koalition beantragt eine aktuelle Stunde zum Thema „Kürzung der Solarförderung“, die SPD bringt einen dringlichen Antrag ein. Die CDU will darüber reden, die SPD zumindest protestieren, DIE LINKE bei diesem Protest die Bevölkerung des Landkreises einbeziehen. Letztendlich

beschlossen wird ein zahnloser „Appell“. Dieser hilft weder der Energiewende, noch den kleinen und mittleren Betrieben und ihren MitarbeiterInnen, wenn Aufträge storniert werden oder erst gar nicht erteilt werden.

Konkrete Fortschritte beim Zubau von Windkraftanlagen und Sonnenkollektoren werden im Landkreis nur langsam und mühsam erzielt, obwohl dieser bis 2040 energieautark sein will. Ob dies damit zusammenhängt, dass der Landkreis Aktionär bei E.ON und der Landrat Aufsichtsrat bei E.ON Mitte ist? Und an der Spitze der Sozialdemokraten ist die Verflechtung mit den großen Energiekonzernen auch nicht zu übersehen. Gerhard Schröder als Gasmann lässt grüßen. Dies darf nicht die Stunde der Energiedinosaurier sein.

Hajo Zeller



Im Bau befindliche Biogasanlage bei Heskem

Foto: Nico Biver

Zeitbombe Massentierhaltung?

In der Kreistagssitzung am 17. März wurde heftig gestritten. Anlass war die geplante Errichtung einer Anlage zur Züchtung von 39.900 Hähnchen in Fronhausen-Bellnhausen. Dagegen wehrt sich eine Bürgerinitiative – doch der Investor pocht auf sein Recht: Seine Pläne stehen in Einklang mit den geltenden Richtlinien; der Regierungspräsident in Gießen wird die Anlage wohl genehmigen.

Doch die Richtlinien sind nicht mehr zeitgemäß: Neueste wissenschaftliche Studien beweisen, dass gerade Massentierhaltung für die Entstehung antibiotikaresistenter Bakterien wie MRSA verantwortlich ist. Dabei sind MRSA noch vergleichsweise harmlos: Wenn Antibiotika bei Scharlach, Diphtherie oder Tuberkulose nicht mehr wirken, könnten längst vergessene,

lebensbedrohliche Epidemien erneut aufflackern. Die Gefahr, dass in Massentierhaltungsanlagen auch solche Krankheitserreger resistent gegen Antibiotika werden, ist real.

Aufgrund der neuen Datenlage hätte der Landrat durchaus die Möglichkeit, den Bau der Hähnchenmastanlage in Bellnhausen zumindest so lange hinauszuzögern, bis geklärt ist, wie die Bevölkerung vor dieser Gefahr wirksam geschützt werden kann – der Schutz der öffentlichen Gesundheit im Landkreis liegt in seiner Zuständigkeit. Die LINKE hatte einen Antrag zur Neubewertung des Gesundheitsrisikos durch Massentierhaltung eingebracht. Doch die Koalition aus CDU, Grünen und Freien Wählern stimmte dagegen. Die Bellnhäuser Bürger müssen weiter bangen.

Ingeborg Cernaj



Foto: thr

▲ Kreistagsfraktion der LINKEN: Adnan Yildirim, Bernd Hanne- mann, Anna Hofmann (vlnr.) und Ingeborg Cernaj (nicht im Bild)

Kinder besser schützen

DIE LINKE fordert Stärkung der Jugendämter

Vor mehreren Wochen hat die Polizei im Landkreis zwei Kleinkinder aus der Wohnung einer jungen Mutter in Gladenbach geholt. Die Frau war mit der Erziehung ihrer beiden Kinder stark überfordert. Während das Baby in die Marburger Uniklinik kam und dort noch immer intensivmedizinisch betreut werden muss, wurde das dreijährige Kind bei einer Pflegefamilie untergebracht. Leider ist das kein Einzelfall: 70mal musste das Landratsamt im vergangenen Jahr eingreifen. Häufigster Grund: Die Eltern kamen nicht zurecht.

Aber auch Vernachlässigung, Anzeichen von Misshandlung oder sexuellem Missbrauch sowie Probleme in der Schule führen oft dazu, dass die Behörde Kinder bei Pflegefamilien unterbringen muss. Diesen Vorgang nennt man „Inobhutnahme“. Häufig kommt es bei solchen nötigen, aber erzwungenen Fremdunter-

bringungen zu Polizeieinsätzen und einer weiteren Traumatisierung der Kinder. Durch Personalmangel im Jugendamt und unzureichende Koordination zwischen Pflegeeltern, Polizei, Gericht und Herkunftsfamilien werden Kinder zum Spielball der behördlichen Instanzen.

Wer mit dem Alltag der Jugendarbeit vertraut ist, weiß, dass Sachbearbeiter mit 100 bis 200 Familien, die sie betreuen müssen, hoffnungslos überlastet sind. Hier gilt es, zielgerichtete Lösungen zu finden: DIE LINKE im Kreistag setzt sich für ein besseres Frühwarnsystem, den Ausbau von Hilfen und die Aufstockung des Personals im Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamts ein. Denn wie Albert Einstein bemerkte: „Es gibt keine großen Entdeckungen und Fortschritte, solange es noch ein unglückliches Kind auf Erden gibt.“

Anna Hofmann



Foto: Walter Mumyak

▲ Unterschriftensammlung in Kirchhain gegen die Privatisierung der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt

Das Letzte

Not my President

Eine ganz große Koalition aus SPD, CDU, Grünen und FDP hat Joachim Gauck zum Bundespräsidenten gewählt. Doch wofür steht dieser vermeintliche Freiheitslehrer eigentlich? Er hat Thilo Sarrazin, Autor eines Buches mit rassistischen und sozialdarwinistischen Thesen, als mutigen Mann bezeichnet. Die Occupy-Bewegung und die Proteste gegen die Diktatur der Finanzmärkte nannte er „unsäglich albern“. Gauck rechtfertigt die Beteiligung deutscher Soldaten am Krieg in Afghanistan. Die Hartz-IV-Gesetzgebung wird von ihm befürwortet. Die Überwachung der LINKEN durch den Verfassungsschutz hält er für gerechtfertigt. Gauck setzt in unzulässiger Weise den NS-Faschismus und die DDR gleich. Sein Feldzug als Beauftragter für Stasi-Unterlagen wurde sogar vom Willy-Brandt-Kreis kritisiert.

Vor allem: Auf die drängenden Fragen in diesem Land, die zunehmende soziale Spaltung, die große Wirtschafts- und Finanzkrise und die Entleerung demokratischer Institutionen hat er keine oder aber falsche Antworten. Der Marburger Sozialethiker und Wahlmann der hessischen LINKEN in der Bundesversammlung, Prof. Dr. Franz Segbers, weist zu Recht darauf, dass „das Hauptthema unserer Zeit soziale Gerechtigkeit ist“. Gauck hat eigentlich nur ein Thema: Freiheit. Dabei verkennt er den Zusammenhang von Freiheit und sozialer Gleichheit, von Verantwortung und Solidarität. Für die Linke gehören diese Werte grundsätzlich zusammen, um eine gerechte Gesellschaft, ein „Reich der Freiheit“ (Karl Marx) zu entfalten.

Mit der Antifaschistin Beate Klarsfeld hat es eine Alternative zu Gauck gegeben. Immerhin bekam die Kandidatin der LINKEN auch Stimmen über das eigene Lager hinaus. Dennoch war der 18. März kein schöner Sonntag. Joachim Gauck is not my President.

Jan Schalauske

Eine andere Politik für Griechenland

Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt und müssen jetzt ordentlich sparen. Dies stellen die Bundesregierung und die Stammtische fest.

Unberücksichtigt bleibt dabei, dass eine Währungsunion eine koordinierte Wirtschaftspolitik benötigt. Diese fehlte in der Vergangenheit. Es bauten sich in der Währungsunion riesige Handelsbilanzüberschüsse auf, denen gleich große Defizite gegenüber stehen.

Hauptursache für die Ungleichgewichte ist die unterschiedliche Lohnentwicklung. Das deutsche Lohndumping begünstigte die deutschen Unternehmen und führte direkt in eine steigende Verschuldung Südeuropas. Deutsches Kapital wurde mangels Binnenfrage in

Achtungserfolg in Wetter

Bei der BürgermeisterInnenwahl am 4. März erzielte die Kandidatin der LINKEN Susann Kalden mit 3,6 Prozent der Stimmen ein sehr achtbares Ergebnis. Mit ihrem engagierten Wahlkampf sorgte Kalden für frischen Wind im Burgwald-Städtchen. Über alle Parteigrenzen hinweg erhielt sie für ihr Engagement sehr viel Zustimmung. Im Vergleich zu 2006 konnte sie das LINKE-Ergebnis fast verdreifachen.

Im Amt bestätigt wurde der alte Bürgermeister, der parteilose Kai-Uwe Spanka, welcher sich im ersten Wahlgang mit 70 Prozent der Stimmen gegen die drei MitbewerberInnen durchsetzen konnte. Prägend im Wahlkampf waren eher Rivalitäten zwischen den zwei Kandidaten der etablierten Parteien und dem parteilosen Bürgermeister. Kalden hingegen konnte mit Themen wie beispielsweise Bürgerhaushalt und Stadthallenrenovierung eigene Akzente setzen.

Nach den Rücktritten der bisherigen MandatsinhaberInnen der „freien Linken“ ist die Partei DIE LINKE mit Arnold Radtke und Martin Krieger zudem wieder in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Jan Schalauske

griechische Staatsanleihen gesteckt. Bei Krisenbeginn wurde es abgezogen, Griechenland der Geldhahn zugekehrt.

Weil eine Refinanzierung durch private Geldgeber nicht mehr möglich war, nahmen die Regierungen der Euro-Zone Griechenland „vom Markt“ und deckten die Finanzierung über staatliche Kredite ab. Dies war richtig. Falsch ist es, diese Kredite mit brutalen Senkungen bei Löhnen und Renten zu verbinden. Diese Kürzungen würgen die wirtschaftlichen Aktivitäten ab, wodurch die Steuereinnahmen weiter sinken und die Haushaltsziele verfehlt werden. Ein Teufelskreis.

Sollen Griechenland und ganz Europa nicht in Armut und Arbeitslosigkeit versinken, ist eine grundsätzlich andere Wirtschafts- und Finanzpolitik nötig. Die Staaten müs-

sen aus dem Würgegriff der Finanzmärkte durch eine vergesellschaftete Bank für öffentliche Anleihen befreit werden. Die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen können durch hinreichende Lohnsteigerungen, eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen, sowie eine Annäherung von sozialen und ökologischen Standards auf hohem Niveau beseitigt werden. Hajo Zeller

Kein Kriegsdenkmal in Marburg, Bortshausen

Oster-spaziergang

Wir sind gegen

die Militarisierung Bortshausens, deutschen Militarismus, Geschichtsrevisionismus und Rechtspopulismus

Wir fordern

den Rückbau des Kriegerdenkmals, Kampf gegen Neofaschismus, Rückzug deutscher Soldaten aus allen Kriegseinsätzen

Ostermontag
9. April, 11.00 Uhr
ab Stadtbüro nach Bortshausen

Bürgerinitiative „Kein Kriegerdenkmal in Bortshausen“, Bündnis „Nein zum Krieg“, Bündnis gegen Rechts, DGB Marburg-Biedenkopf, Geschichtswerkstatt Marburg e.V., DIE LINKE, Marburg-Biedenkopf, AK Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens- und Abrüstungsforschung (AMW), Marburger Forum und weitere 20 Organisationen



Berufsverboteopfer rehabilitieren

Vierzig Jahre nach Einführung des „Radikalenerlasses“ gibt es immer noch keine Wiedergutmachung für mehr als 1.200 Postbeamte, Lokomotivführer, LehrerInnen, meist Mitglieder der DKP, die mit Berufsverbot im öffentlichen Dienst belegt wurden. Auch der Marburger Postbeamte Herbert Bastian wurde für sein Engagement als Stadtverordneter der DKP bestraft. Ebenso erging es der Lehrerin Sylvia Gingold.

Heftige Kritik kam aus dem Ausland, unter anderem aus Holland und aus Marburgs Partnerstadt Poitiers. Für Bastian setzten sich der CDU-Politiker Troeltsch und der SPD-OB Drechsler ein. Ex-Bundeskanzler Brandt nannte die Berufsverbote später einen „Fehler“. Europäische Gerichte entschieden ebenso. DIE LINKE fordert Aufarbeitung dieses Unrechts und Rehabilitation der Opfer. Eva Gottschaldt



▲ Herbert Bastian im April 1984 bei einer Demonstration vor der damals neuen Post am Afföller, kurz vor seiner Entlassung